



Grünschnabel

Zeitung der Unabhängigen Wählergemeinschaft Grüne Liste Büttelborn

Lärmbelastungen so gering wie möglich halten

Gespräch mit Ursula Hammann, Kandidatin von B90/Die Grünen zur Landtagswahl

Grünschnabel: Frau Hammann, Sie sind nun seit mehr als 12 Jahren im Hessischen Landtag als grüne Abgeordnete für den südlichen Kreis Groß-Gerau – bitte geben Sie uns einmal Einblick in Ihre Arbeit, erläutern Sie uns an Beispielen Ihren Einsatz für unsere Region.

Ursula Hammann: Ich sehe mich als Ansprechpartnerin zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik. Meine Aufgabe ist es, die hessische Politik transparent zu machen und in Problemfällen weiterzuhelfen. Dies belegen eine Vielzahl von Anfragen sowie meine parlamentarischen Initiativen. Mein Engagement hat dazu beigetragen, dass die geplante Erweiterung der Sondermüllverbrennungsanlage nicht vorgenommen wurde und ein Human- und Biomonitoring im hessischen Ried durchgeführt werden konnte, um gesundheitliche Vorbelastungen bei Kindern frühzeitig zu erkennen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Förderung einer landwirtschaftlichen regionalen Produktion von Nahrungsmitteln bis hin zu Bio-Produkten, sowie den Schutz vor Hochwassergefahren nehmen einen breiten Raum meiner Aktivitäten im Landtag ein. Als umweltpolitische Sprecherin unserer Fraktion und stellvertretende Ausschussvorsitzende des Umweltausschusses nutze ich die Möglichkeit, Anregungen und Problemlösungen direkt in den Landtag einzubringen.

GS: Seit langem wird über die Entlastung der Riedbahnstrecke und damit für einen verbesserten öffentlichen Nahverkehr im Kreis Groß-Gerau geredet, die Verlagerung der ICE-Linie Frankfurt – Mannheim kommt aber nicht recht voran. Wie sehen dies die hessischen Grünen im Landtag?

UH: Wir GRÜNEN fordern seit langem, dass es mit dem Bau der Schienenschnellstrecke Frankfurt-Mannheim endlich vorangeht. Die Strecke ist in Hessen aber nur sinnvoll, wenn sie über Darmstadt führt. Die Landesregierung unternimmt jedoch zu wenig, um die Anbindung Südhessens an die Neubaustrecke gegen den Widerstand der Bahn durchzusetzen.

GS: Alle Fraktionen im Hessischen Landtag wollen den Flughafen ausbauen und damit

die flächenhafte Verlärmung Südhessens – mit Ausnahme der GRÜNEN. Was würden die GRÜNEN in einer neuen Landesregierung unternehmen, um den Ausbau noch zu verhindern?

UH: Oberstes Ziel unserer Politik ist, die Lärmbelastungen der Menschen in der Rhein-Main-Region so gering wie möglich zu halten. Wir werden deshalb unsere Position – die Ablehnung des Flughafenbaus und die Einführung eines generellen

Nachtflugverbots – nicht aufgeben. Die Frage, welche Möglichkeiten zur Umsetzung unserer politischen Forderungen nach der erfolgten Unterzeichnung des Planfeststellungsbeschlusses noch bestehen, werden wir juristisch prüfen lassen. Solange der Planfeststellungsbeschluss vor Gericht verhandelt wird, werden wir dafür eintreten, dass kein Baum gefällt und keine Baumaßnahme begonnen wird.

GS: Als umweltpolitische Sprecherin treten Sie entschieden für die Abschaltung der AKW Biblis A und B und für den Ausbau Erneuerbarer Energien ein – alles urgrüne Themen. Werden Sie derzeit vom SPD-Schattenminister Hermann Scheer jedoch glatt überholt?

UH: Wie durchsetzungsfähig Herr Scheer mit seinen Vorschlägen innerhalb seiner Partei sein wird, bleibt abzuwarten. Die SPD-internen Auseinandersetzungen über Standorte für Windkraftanlagen zeigen dies deutlich. Darüber hinaus befindet sich Herr Scheer mit seinen Vorstellungen gewiss nicht auf der Überholspur. Denn statt ganz auf den Einsatz von klimaschädlichem Kohlestrom zu verzichten, setzt er immer noch auf Kohlekraft, wenn auch in einem reduzierten Ausmaß.

GS: Was können die GRÜNEN auf Landesebene tun, um die Monopole der Energiewirtschaft zu entflechten?

UH: Elementarer Bestandteil unseres „ZukunftEnergie“-Konzeptes ist die Dezentralisierung der Stromerzeugung. Dezentral heißt auch, dass neben der Zahl der Anlagen die Zahl der Stromanbieter steigt und die Großkraftwerksstruktur der Energiekonzerne zurückgedrängt wird. Ergänzend dazu wollen wir eine landeseigene Energie- und Klimaschutzagentur schaffen, um die Konsumenten, aber auch die mittelständische Wirtschaft und die Kommunen auf die vielfältigen Möglichkeiten des Energiesparens und auf alternative Energieanbieter hinzuweisen.

GS: Wie würden die GRÜNEN alternative Energiepolitik auf Landesebene umsetzen? Könnten private Investoren davon profitieren?

UH: Der wirtschaftliche Vorteil einer dezentralen Energieerzeugung aus heimi-



Zur Person: Ursula Hammann, Mitglied des Hessischen Landtages seit 5.4.1995, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, zuständig für den gesamten Umweltbereich sowie Naturschutz und Tierschutz. Geboren am 16.9.1955 in Biebesheim, verheiratet, zwei Söhne. Beruf: Bankkauffrau. Hobbys: Lesen, Töpfern, Gartenarbeit. Im Hessischen Landtag liegt der Aufgabenschwerpunkt im Bereich „Verbesserung der Lebensgrundlagen“. Das Aufgabengebiet ist vielfältig: Klimaschutz, Wasserreinigung, Abfallpolitik, Atomausstieg, Erneuerbare Energien, Bodenschutz. Stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

schen Energiequellen besteht u.a. darin, dass die Wertschöpfung vor Ort gehalten wird. Hiervon profitieren nicht nur die Anlagenbetreiber, sondern die gesamte Wirtschaft in unserm Land. Neben der Durchführung von Pilotprojekten, z.B. zur Einspeisung von Biogas in das Erdgasnetz, werden wir weitere Förderprogramme anbieten.

GS: Die hessische Schulpolitik macht derzeit einigen Wirbel, die CDU-Maßnahmen (Unterrichtsgarantie plus, verkürzte Gymnasialzeit G8) treffen auf heftigen Elternwiderspruch. Wie sehen die grünen Alternativen zu dieser Politik von Koch & Wolff aus?

UH: Ein „Weiter so“ darf es in der Bildungspolitik nicht geben. Die Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in Hessen haben Besseres verdient. Wir GRÜNE meinen: Das beste Mittel gegen Unterrichtsausfall ist eine bessere Lehrerversorgung. Deshalb wollen wir 1000 zusätzliche Lehrer einstellen und eine 100%ige Unterrichtsversorgung sicherstellen. Wir sagen „Ja“ zur verlässlichen Schule, aber „Nein“ zur sogenannten „Unterrichtsgarantie plus“ der Landesregierung. Unsere Alternative sieht vor, den bürokratischen Aufwand aus den Schulen herauszuhalten und ausschließlich qualifiziertes Personal einzusetzen. Das G8, wie es in Hessen eingeführt wurde, ist ein unverantwortlicher Feldversuch an einer ganzen Schülergeneration. Das G8 darf nicht so bleiben, wie es ist. Wir werden die Lehrpläne umgehend entschlacken, den Unterrichtsstoff sinnvoll auf die komplette Schulzeit verteilen statt ihn weiter in den Klassen 5-9 extrem zu verdichten und die zweite Fremdsprache wieder ab Klasse 7 beginnen lassen. Zusätzlich wollen wir an den Neuen Schulen weiter das G9 anbieten, so wie es heute schon an den integrierten Gesamtschulen der Fall ist. So erhalten Eltern auch in diesem Punkt echte Wahlfreiheit. Eltern sollen mit den Neuen Schulen wohnortnah Bildungsangebote finden, die sich am PISA-Siegerland Finnland orientieren. Kennzeichen dieser Schulen sind das längere gemeinsame Lernen bis Klasse 9 bzw. 10, kein Sitzenbleiben, keine Querversetzung, keine Klasse über 25 Schüler, Vernetzung mit Jugend- und Sozialarbeit.

GS: Im nächsten Hessischen Landtag könnten fünf, vielleicht sogar sechs Fraktionen vertreten sein - welche Rolle werden die GRÜNEN dabei spielen, insbesondere bei der Regierungsbildung? Weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün scheinen eine Mehrheit bekommen zu können?

UH: Wir setzen ganz klar auf die Ablösung von Roland Koch. Zusammen mit der SPD besteht eine große Chance, die Regierung abzulösen. Dafür braucht es einen starken Zuwachs von GRÜN, den nur so wird es möglich sein, das notwendige Gewicht für die Umsetzung einer zukunftsfähigen Politik zu erhalten. Die Linken stellen für uns GRÜNE keine politische Option dar, da sie bisher keinerlei Konzepte für Hessen vorzuweisen haben.

Neuer GLB-Vorstand gewählt



Der Vorstand der GLB wurde bei der Jahreshauptversammlung im Dezember neu gewählt. Der langjährige Vorsitzende Wulf Witusch hatte nach 9 Jahren an der Spitze der GLB darum gebeten, aus Altersgründen das Amt neu zu besetzen. Gewählt wurden Stefan Paul (Mitte) als Vorsitzender, Andreas Peters (links) als Stellvertreter und Alfred Reinheimer (rechts) als Kassierer. Die langjährige Kassierererin Erika Korent war im Laufe des letzten Jahres nach Bad Kreuznach verzogen. Die Mitglieder der GLB sprachen beiden scheidenden Vorstandsmitgliedern ihren Dank für die geleistete Arbeit aus. Aufgrund seiner besonderen Verdienste wurde Wulf Witusch zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Roland „Pinocchio“ Koch

Er ist ein Meister im Vertuschen, Tricksen und Lügen. Unser Landesvater hat es mit der Wahrheit nie so genau genommen, wenn es um sein politisches Fortkommen oder Überleben ging. Kann man manche seiner Ausführungen und Darstellungen noch als Wahlkampf und billige Verfälschung von Tatsachen hinnehmen, sind andere Aussagen schon starker Tobak.

Flughafenausbau

Er versprach uns Bürgern, dass es keinen weiteren Ausbau ohne Nachtflugverbot gibt und brüstete sich damit, dass er als Aufsichtsratsvorsitzender von Fraport dafür gesorgt hat, dass es beantragt wurde.

Mittlerweile rudert er bereits wieder zurück. Ausnahmen müsse es geben (so etwa 17), aber auf keinen Fall würden die Nachtflüge auch nur in die Nähe der Zahl 88 (Gutachten) kommen. Alleine die Lufthansa möchte 41 Nachtflüge. Mal sehen welche Zahlen er uns nach der Landtagswahl präsentiert.

Unterrichtsgarantie plus

Vollmundig wurde von ihm verkündet, kein Unterricht fällt mehr aus. Die Wahrheit ist, dass die Honorarkräfte in der Regel gar nicht in der Lage sind, eine Vertretung des Fachlehrers kurzfristig auszuführen. Die Schüler werden in diesen Vertretungsstunden meistens nur beaufsichtigt.

Kaufangebot „FWG“

Da ihm die FWG bei den Wahlen doch einige Stimmen abnehmen könnte, machte er

ihnen finanzielle Zuwendungen schmackhaft, falls sie nicht antreten. Nein, es war ihm natürlich nicht nachzuweisen, dass er es so gemeint hat, wie er es gesagt hat. Die Angelegenheit konnte wieder mal unter den Teppich gekehrt werden, getreu dem Motto „nur das zugeben, was ohnehin bewiesen ist“.

Im Herbst: Retter des hessischen Apfelweins (Ebbelwoi)

Hatte doch die EU die Bezeichnung Wein nur noch für aus Trauben produzierte Getränke erlaubt. Da schwang sich Ritter Roland gegen die Bürokraten aus der EU, für unser hessisches Kulturgut aufs Pferd. Aber die EU stimmte sofort der Ausnahme zu, mit der Bemerkung, die Information für diese Verordnung hätte doch bereits im Sommer vorgelegen. Das hatte man doch tatsächlich überlesen. Kann ja mal passieren...

Unvergessen ist er als brutalst möglicher Aufklärer

in der Spendenaffäre der hessischen CDU. Seine Lügen über gefälschte Bilanzen gab er erst zu, als die Beweislast erdrückend war und bezeichnete sie als „Fehler“. Als Opfer fungierte sein alter Kumpel Franz Josef Jung, der von seinem Amt zurücktreten musste. Nett von Koch, ihm später zum Amte des Verteidigungsministers zu verhelfen. Vielleicht kann er Jung ja bald wieder gebrauchen. Wie beim G8 Gipfel im Sommer, könnten dessen Aufklärungsflugzeuge ja bald Demos gegen den Flughafenausbau überwachen...

GLB-Antrag zügig umgesetzt!

Schon im Vorfeld der letzten Kommunalwahl am 26. März 2006 war viel über die Erneuerung der Hartplätze in allen Ortsteilen diskutiert worden, auch über die Notwendigkeit eines Ersatzes des niedergehenden HL-Marktes in Worfelden waren sich alle Parteien mehr oder weniger einig. In der Gemeindeverwaltung wurde aber auch nach den Wahlen nichts unternommen, die Mehrheitsfraktion rührte sich ebenfalls nicht. Im Herbst 2006 verschärfte sich die Situation durch die Schließungsankündigung für den Markt in Worfelden durch die HL-Geschäftsleitung zum Jahresende.

Die GLB-Fraktion entschloss sich deshalb, einen Grundsatzbeschluss in der Gemeindevertretung herbeizuführen, der alle wichtigen Vorhaben in den Ortsteilen Büttelborn und Worfelden miteinander verknüpfte und angesichts der damaligen Finanzsituation der Gemeinde insgesamt finanzneutral ausfallen sollte. Kernpunkte dieses Antrages waren die Errichtung eines neuen Kunstrasenplatzes nördlich des bestehenden Rasenplatzes in



Kunstrasenplatz am Berkacher Weg in Büttelborn

Worfelden sind zwar noch Außenarbeiten rund um die Plätze erforderlich, die derzeit wegen der

Witterung ruhen, aber auch der neue Kunstrasenplatz ist bereits benutzbar. Und auch der in Rekordzeit genehmigte und gebaute Netto-Markt ist seit dem 11. Dezember 2007 geöffnet und damit ist nach knapp einjähriger Unterbrechung wieder eine Vor-Ort-Lebensmittelversorgung Worfeldens gewährleistet. Die Wohnbebauungen in Büttelborn und Worfelden

stehen zwar noch aus, aber diese werden wohl noch im Laufe des Jahres 2008 starten.

Auch wenn eine abschließende Bilanzierung noch aussteht, so wurde doch ohne Belastung der Gemeindekasse die Infrastruktur für den Fußball in Büttelborn und Worfelden nachhaltig verbessert – anders als im Fall des SKV-Gesundheitszentrums in Büttelborn, das nur mit hohen Zuschüssen realisiert werden kann. Und dass die Nahversorgung mit Lebensmitteln, gerade für jüngere und ältere Einwohner/innen notwendig, in Worfelden wieder gesichert ist, freut die GLB-Fraktion sehr, denn die zunehmenden Geschäfte außerhalb der Städte – siehe Gewerbegebiet GG08 – gefährden immer wieder die ortsnahe Versorgung. Die GLB wird sich auch weiterhin konsequent für eine ortsnahe Grundversorgung in allen Ortsteilen einsetzen.



NETTO-Einkaufsmarkt in Worfelden

Worfelden bei gleichzeitiger Umnutzung des bisherigen Hartplatzes für die Errichtung eines Einkaufsmarktes, die Anlage eines Bolzplatzes sowie Wohnbebauung. In Büttelborn sollte der bisherige Hartplatz in einen Kunstrasenplatz umgewandelt werden. Zur Finanzierung sollte gleichzeitig der Alte Sportplatz umgenutzt werden, um dort Wohnbebauung zu ermöglichen.

So kurz vor der Bürgermeisterwahl im Dezember 2006 konnte sich die SPD nicht mehr querstellen, und stimmte – ebenso wie die CDU – dem GLB-Antrag zu. Der Bürgermeister höchstselbst stellte sich anschließend an die Spitze bei der Umsetzung in konkrete Planungen und Aufträge. In Büttelborn wurde schon im Spätsommer 2007 der erneuerte Fußballplatz eingeweiht. In

Worfelden sind zwar noch Außenarbeiten rund um die Plätze erforderlich, die derzeit wegen der



Kunstrasenplatz am Sportzentrum Worfelden

Demo gegen Flughafenausbau am 1. Dezember 2007

Es war schon irgendwie ein komisches Gefühl an diesem regnerischen ersten Adventswochenende. Zur Demonstration in Wiesbaden war aufgerufen und ein knappes Dutzend Menschen aus der Gemeinde machten sich vom Klein-Gerauer Bahnhof auf in die Landeshauptstadt.

Bereits am Bahnhofsvorplatz bei der Auftaktkundgebung stellte sich so ein Deja vu - Gefühl bei mir ein. Irgendwie kam das alles bekannt vor. Die bunten Transparente, das altbekannte Logo der „damaligen“ Startbahngegner und nicht zuletzt glaubte ich einige Leute von damals zu kennen - allerdings rund 25 Jahre älter.

Viel waren wir ja nicht, so etwa 2000, aber das ekelhafte Wetter hatte wohl auch einige abgehalten. Die Auftaktkundgebung war beendet und pünktlich zum Marsch Richtung Staatskanzlei verstärkte sich der Regen. Damals waren wir so etwa 100 000. Es wäre noch einer mehr geworden, fiel mir ein, aber ein Kumpel hatte die Nacht zuvor sein Auto geschrottet und konnte deshalb nicht dabei sein.

Klage gegen Flughafenausbau beschlossen

Auf Antrag der GLB-Fraktion wurde der Gemeindevorstand ermächtigt, gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens zu klagen. Ohne die Initiative der GLB wäre dieser Beschluß nicht zustande gekommen und Büttelborn hätte, als eine der hauptbetroffenen Gemeinden, ziemlich verlassen dagestanden. Wir sind es unseren Bürgern schuldig, alles zu tun, um weitere Lärmbelastungen zu verhindern, auch wenn dafür der Rechtsweg beschritten werden muß.

GLB-Internetseite renoviert

Der Netzauftritt der GLB wurde von Kevin Engel, Netzbetreuer der GLB, einer gründlichen Renovierung unterzogen. Daß die Inhalte so aktuell wie möglich gehalten werden, ist dank der neuen Architektur der Seite auf einfache Weise möglich. Schauen Sie doch einfach mal rein unter www.glb-im-web.de.

Ortseingang Oberdorf

Die GLB hatte angeregt, am Ortseingang von Worfelden aus Richtung Schneppenhausen die Straßenführung so zu verändern, daß die Verkehrsteilnehmer gezwungen sind langsam zu fahren. Bei der Verkehrsschau der Gemeinde wurde die Notwendigkeit einer solchen Baumaßnahme verneint. Als einzige Veränderung soll der Radweg farblich markiert werden; ob das mehr zur Sicherheit beiträgt, wird von der GLB bezweifelt.

Na ja, so richtig Stimmung konnte jetzt natürlich nicht aufkommen. Das Wasser lief fast schon in die Schuhe und die Musik schien mir damals auch ein bisschen mehr Pep zu haben. Die Passanten schauten uns teils erstaunt, teils kopfschüttelnd zu — wie man nur bei so einem Sauwetter freiwillig durch die Pfützen Wiesbadens waten konnte....



An der Staatskanzlei angekommen, hörte der Regen dann fast auf. Die Redner hatten ein Einsehen mit uns Durchnässten und machten es kurz. Noch etwas Musik und die Veranstaltung war beendet. Wir machten uns wieder auf den Weg zum Bahnhof.

Der nächste Zug zurück fiel aus, so dass wir noch länger ausharren mussten.

Damals ging es danach abends mit den Kumpels in die „Sonne“ nach Worfelden, jetzt war ich nur müde und freute mich auf eine heiße Dusche (man ist halt nicht mehr der Jüngste...). Aber eines bleibt wohl immer gleich: Es gibt wie damals Leute, die uns für dumm verkaufen wollen.

Ein Vertreter des Hessischen Landeskriminalamts sieht den Protest der Ausbaugegner von linken Gruppen unterwandert. Und Herr Bodenberger - wer ist das? Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU Fraktion durfte auch noch einen Auswurf los werden: „Der schwache Besuch der Veranstaltung zeigt ihm, dass den Menschen die durch den Ausbau neu entstehenden Arbeitsplätze wichtiger seien“. Ach so, bedeutet das im Umkehrschluss, dass doch nicht aus-

gebaut wird? Denn für den Ausbau hat ja noch niemand demonstriert. Oder baut man nicht aus, wenn genug Demonstranten zusammen kommen?

Aber auch damals hatten die Demos klein angefangen... Horst Twardawa

Was ist Geothermie und wie funktioniert sie?

Geothermie (Erdwärme) ist im Erdreich gespeicherte Wärmeenergie. Diese Energie wird durch Sonneneinstrahlung und Wärme aus dem Erdinnern ständig erneuert, ist quasi dadurch unerschöpflich. Durch Nutzung dieser regenerativen Energie werden weniger fossile Brennstoffe verbraucht und somit die Reduzierung von CO₂ - Emissionen ermöglicht.

Es gibt im Wesentlichen drei Verfahren die Erdwärme nutzbar zu machen:

Grundwasserbrunnen

Sehr effektiv, aber nur selten anwendbar; Grundwasser wird über einen „Zapfbrunnen“ mittels einer Wärmepumpe eines Teils der Wärme beraubt und dann über einen „Schluckbrunnen“ wieder erwärmt. Dies ist jedoch ein Eingriff in den Grundwasserhaushalt und bedarf umfangreicher hydrologischer Untersuchungen und behördlicher Genehmigungsvorgänge. Auch kann der Einfluss auf Nachbarschaftsgrundstücke groß sein. Deshalb eignet sich diese Methode kaum für kleine Grundstücke.

Erdwärmekollektoren

Werden ähnlich einer Fußbodenheizung in ca. 1,2 m Tiefe flächendeckend im Garten verlegt. Die Kollektoren nutzen vor allem die durch die Sonneneinstrahlung erneuerte Wärme an der Oberfläche. In den kalten

Monaten könnte die Erde jedoch so kalt sein, dass nicht mehr genügend Wärme erzeugt werden kann. Ein weiterer Nachteil ist der große Flächenbedarf (ca. 2 - 3 mal so groß wie die beheizte Wohnfläche, die dann auch komplett 1,2 m tief ausgehoben werden muss).

Erdwärmesonden

sind momentan eindeutig favorisiert. Sie werden senkrecht in den Boden eingelassen, erreichen tiefere Erdschichten, die keinem Klimaeinfluss unterliegen und sind somit auch in den „kalten“ Monaten zu voller Leistung fähig. In unseren Breitengraden herrscht ganzjährig in 10 m Tiefe eine konstante Temperatur von 10 - 12 °C.

Ein Wärmeträgermedium zirkuliert durch die Sonde, nimmt dabei die Erdwärme auf und gibt sie an die Wärmepumpe ab. Diese erhöht mittels eines thermodynamischen Prozesses die zur Verfügung gestellte Temperatur und gibt sie an das Heiz- und Warmwassersystem ab. Wärmepumpen wandeln Erdwärme mit Einsatz von 1 kWh Strom in bis zu 4 kWh und mehr Heizenergie um. Das bedeutet, mit ca. 25% Energieeinsatz werden 100% Wärmebedarf gedeckt.

Auch für bereits bestehende Gebäude kann eine Umrüstung auf Geothermie lohnend sein. Baumaßnahmen werden unter anderem durch günstige KfW-Kredite unterstützt.